



Innovationsforschung hat ein rechtsliberales Image

Von Christoph Stein | 06.09.2017

Schaden Strukturreformen der Innovation? Ja, denn sie zerstören deren Voraussetzungen, meint der Ökonom und Schumpeterianer Alfred Kleinknecht.

Alfred Kleinknecht ist emeritierter Professor für Ökonomie der TU Delft, war Gastprofessor an der Università La Sapienza in Rom und an der Université Panthéon Sorbonne in Paris. Schwerpunkt seiner Arbeiten sind die Dynamik und die Voraussetzungen von Innovationen. Das Gespräch führte unser Autor Christoph Stein.

Herr Professor Kleinknecht, eine Grundthese Ihrer Forschungen wird im Titel einer Ihrer Aufsätze deutlich: „Schaden Strukturreformen des Arbeitsmarkts der Innovation?“ Warum schaden sie der Innovation? Und wie müsste ein Arbeitsmarkt strukturiert sein, damit er die Innovation antreibt?

Ich will die Frage in drei Teile aufteilen:

Warum ist gerade die Arbeitsverfassung für die Innovation wichtig?

Es gibt eine Reihe von Argumenten aus Nachbardisziplinen wie etwa der Arbeits- und Organisationspsychologie, dass Institutionen des Arbeitsmarktes wichtig sind für technologische Lernprozesse und die Akkumulation von Wissen. Leider haben die Neoklassiker das Talent, solche Kenntnisse zu ignorieren. Und bei den Keynesianern ist es nicht viel besser.

In vielen Industrien werden die Innovationskompetenzen eines Unternehmens nicht nur durch die heutige Forschung und Entwicklung bestimmt, sondern auch durch Kenntnisse und Erfahrungen aus Projekten in der Vergangenheit. Die Kraft von 'Made in Germany' z. B. beruht nicht so sehr auf der Neuentwicklung, sondern vor allem auf der permanenten Weiterentwicklung von Produkten, Prozessen und Systemen. Viele der dafür erforderlichen Kenntnisse bestehen aus historisch versammelten und oft personengebundenen Erfahrungskennnissen. Im Englischen spricht man über 'tacit knowledge': oft schlecht dokumentierte und schwierig übertragbare Erfahrungskennnisse.

In einem 'hire & fire' Arbeitsmarkt wie in den USA wird es dann schwierig, Kenntnisse zu akkumulieren. Kein Wunder, dass die USA in einer Reihe von klassischen Industrien den Wettbewerb mit den Deutschen und den Japanern auf breiter Front verloren haben. Die von Neoklassikern so viel gepriesenen flexiblen Arbeitsmärkte in den USA, bzw. die von ihnen beklagten starren Arbeitsmärkte in Deutschland machen den Unterschied zwischen Wolfsburg und Detroit, bzw. dem 'Rust Belt'.

Welche innerbetrieblichen Verhältnisse fördern die Innovation und welche hemmen sie?

Innovation ist abhängig von Vertrauen und Loyalität von Mitarbeitern. Monopolgewinne aus der Innovation können nicht ausschließlich durch Patente geschützt werden. Sie erfordern vor allem Geheimhaltung, also Loyalität von Mitarbeitern. Flexible Arbeit zerstört Loyalität. Es ist darum auch kein Wunder, dass die Managementlagen für Aufsicht und Kontrolle in Ländern mit flexiblen Arbeitsmärkten viel aufwändiger sind als in Ländern mit starren Arbeitsmärkten.

Ein Problem ist auch, dass Deregulierung nach angebotstheoretischem Rezept die Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital verändert. Leichte Entlassungen fördern eine Angstkultur, in der Sonnenkönige gut gedeihen, weil ihre Untergebenen ihnen nicht mehr widersprechen. Leute, die leicht zu entlassen sind, haben auch Motive, um Informationen, wie ihre Arbeit effizienter getan werden könnte, zu verbergen. Kurzum, das Management macht dann kaum mehr Gebrauch von Kenntnissen der Mitarbeiter, während die Lehrbücher des Innovationsmanagements geradezu vorschreiben, Kenntnisse auf allen Niveaus der Unternehmung zu mobilisieren.

Welche überbetrieblichen Strukturen (Tariforganisation etc.) fördern die Innovation, welche sind eher schädlich?

Die Forderung nach Dezentralisierung von Tarifverhandlungen ist neoklassisch sehr einfach zu begründen. Aber was gut ist für die effiziente Anwendung knapper Mittel, ist leider schlecht für die Innovation, die Mittel weniger knapp macht. Bei betrieblichen Tarifverhandlungen läuft es dann darauf hinaus, dass die Marktleiter mit hohen Monopolgewinnen aus der Innovation höhere Lohnforderungen bekommen, während die technologischen Nachzügler ihr Personal erpressen können: entweder Lohnopfer erbringen oder die Arbeitsplätze *gehen verloren*.

Dann funktioniert der Schumpetersche Prozess der 'schöpferischen Zerstörung' – worin die guten Betriebe die schlechten verdrängen – nicht mehr. Es überleben zu viele mittelmäßige Unternehmer und das geht auf Kosten der wirtschaftlichen Dynamik. Dezentrale Tarifverhandlungen sind vergleichbar mit einer extra Steuer auf die Innovation, wobei die Steuererträge gebraucht werden um die Nachzügler zu subventionieren.

Die heutigen Tarifverhandlungen auf Industrieniveau, wobei die Ergebnisse für die gesamte Branche gelten, sind aus neoklassischer Sicht eine verwerfliche Arbeitsmarkttrigidität. Aber sie haben den Vorteil, dass sie die technologischen Nachzügler zur Modernisierung zwingen. Flächentarifverträge fördern die Diffusion von moderner Prozesstechnologie.

In Europa gelten Strukturreformen als eine Art politisches Allheilmittel bei wirtschaftlichen Problemen. Wenn diese die Produktivität ausbremsen, wäre das eine massive Bedrohung unseres Wohltandes, denn die Produktivität ist die Quelle des Wohlstandes der Nationen. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Arbeitsmarktreformen machen Arbeit billiger und dann lohnen Investitionen in moderne Prozesstechnologie weniger. Wir haben in einer Panelanalyse für 19 Länder über 44 Jahre ausgerechnet: 1% weniger Lohnerhöhung macht auf Dauer ca. 0.3-0.5% weniger Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Überall wo angebotstheoretisch motivierte Arbeitsmarktreformen stattgefunden haben, sehen wir dasselbe Muster: die Wachstumsraten der Wertschöpfung pro Arbeitsstunde sinken. Dafür steigt dann der Arbeitseinsatz, denn mit weniger Robotern hat man halt mehr Hände nötig. Aber mit dem geringeren Wachstum der Wertschöpfung pro Arbeitsstunde gibt es am Ende leider auch wenig zu verteilen zwischen Kapital, Arbeit und Staat.

Die Niederlande haben seit dem Beginn der Lohnzurückhaltung in den frühen achtziger Jahren ein schwaches Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die Folge: sehr wenig Lohnwachstum und ein ständiger Sparzwang im öffentlichen Sektor, was beinahe unvermeidlich zu Sozialabbau und Unzufriedenheit führt. Inzwischen stellt sich heraus, dass dies ein vorzüglicher Nährboden für den Populismus ist. Außerdem bröckeln die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und die Tarifdeckung ab.

Auch in der Politik bekommen die Befürworter des Sozialstaats es schwer: Sie haben ihrem Elektorat wenig zu bieten. Oft sind sie schon froh, wenn sie bei Haushaltskürzungen statt des großen Übels das kleinere Übel realisieren können.

Sie haben in empirischen Studien dargelegt, dass das Produktivitätswachstum in angelsächsischen Ländern über Jahrzehnte deutlich geringer war als in Kontinentaleuropa. Sie führen dies auf unterschiedlich strukturierte Arbeitsmärkte zurück. Für viele dürfte dies ein überraschender Befund sein, gelten doch die USA gemeinhin als das Geburtsland besonders innovativer Unternehmen – Apple, Google, Tesla usw. Ist das eine Wahrnehmungsverzerrung, weil Silicon Valley so spektakulär auftritt und dabei der Rest der US-Industrie aus dem Blick gerät?

Die USA haben eine gespaltene Wirtschaft: die klassischen Industrien wie Auto, Stahl oder Textil haben den internationalen Wettbewerb bei komplexen Industrieprodukten gegenüber den Deutschen und den Japanern verloren; bei den einfachen Industrieprodukten gegenüber den Chinesen. Trump hat also recht: die Deutschen sind mitschuldig am Amerikanischen 'Rust Belt'. Aber leider erzählen ihm seine Berater nicht, dass er das unter anderem dem flexiblen amerikanischen Arbeitsmarkt, beziehungsweise den rigiden europäischen Arbeitsmärkten zu danken hat.

Dahingegen war Silicon Valley eine Erfolgsnummer. Das Pentagon hat sehr früh erkannt: beinahe alle

Entwicklungen in der IT sind relevant für das Militär. Sie haben de facto Industriepolitik betrieben: großzügiges Sponsoring von IT-Forschung und massiver Ankauf von Produkten aus jungen IT-Betrieben. Nur darf das in den USA nicht 'Industriepolitik' heißen. Aber wenn es unter 'National Defence' läuft, ist es völlig in Ordnung.

Das letzte Buch von Robert Gordon ('The Rise and Fall of American Growth') weist übrigens auf ein Problem hin: die IT-Industrie bucht inzwischen abnehmende Grenzerträge. Zwischen 1995 und 2005 hat IT in den USA zu einem substanziell höheren Produktivitätswachstum auf Makroniveau beigetragen. Da ist vorbei. Außerdem ist die Pionierphase von IT inzwischen vorbei. Die Riesen aus Silicon Valley arbeiten mehr und mehr mit einem Innovationsmodell, worin die historische Akkumulation von personengebundenen Erfahrungskennntnissen wichtiger wird. Wenn dann in einer 'hire & fire' Kultur 10% der Ingenieure in Silicon Valley jedes Jahr den Job wechselt, entsteht ein Problem mit positiven externen Effekten, wodurch sich Investitionen in neue Kenntnisse weniger lohnen.

In der Öffentlichkeit nimmt das Thema „Innovation“ einen breiten Raum ein. Sucht man jedoch in der eher neoklassisch orientierten Wirtschaftswissenschaft, die etwa in Deutschland einen Großteil der Institute dominiert, nach einer elaborierten Innovationstheorie, wird es überraschend dünn. Wie erklären sie sich dieses Missverhältnis?

Das gilt leider für Neoklassiker und Keynesianer. Die Neoklassiker haben ja immerhin noch die endogene Wachstumstheorie. Aber es ist richtig: selbst 60 Jahre nach dem klassischen Artikel von Robert Solow ('Technical Change and the Aggregate Production Function') ist die Kenntnis im Mainstream noch recht gering. Es war ja auch 150 Jahre lang recht komfortabel im Modellbau anzunehmen, dass Technologie exogen ist. Eigentlich war Karl Marx der einzige moderne Angebotsökonom, der das Thema Technologie einigermaßen seriös genommen hat.

Sie forschen in einer Schumpeterianisch orientierten Wissenschaftstradition. Makroskop ist ein keynesianisch orientiertes Projekt. Nach meiner Wahrnehmung ist ein Dialog – wie unser Interview – zwischen „Schumpeter“ und „Keynes“ eher selten. Dabei gibt es in meinen Augen durchaus Berührungspunkte (durch Kreditschöpfung finanzierte Innovationen zum Beispiel). Was ist Ihre Erfahrung?

Stimmt. Es gibt Berührungspunkte. Denken Sie etwa an die 'demand-pull'-Theorie der Innovation von Jacob Schmookler, die nach meiner eigenen Forschung realistisch ist, obwohl die Keynesianer sie kaum kennen. Analog gibt es den Verdoorn-Kaldor Effekt bei den Keynesianern.

Aber der Dialog zwischen Keynesianern und Schumpeterianern bleibt *vorläufig mager*. Vielleicht liegt das auch daran, dass Innovationsforschung ein rechtsliberales Image hat? Wer weiß, vielleicht war das der Grund, dass mein Versuch eines Dialogs mit den Keynesianern bei der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf *äußerst* mühsam war. Ein kardinaler Fehler des Keynesianismus war ja schon immer, dass man Angebotsökonomie den Rechten überlassen hat. Sehr zu Unrecht! Was die Rechten daraus gemacht haben, ist ja gerade aus Innovationsperspektive sehr problematisch. Vergessen Sie bitte nicht: in Deutschland sind die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität *nach den Hartz Reformen mehr als halbiert!*

Die deutsche Wikipedia schreibt, sie seien „zeitweise einer der meistzitierten niederländischen Ökonomen“ gewesen. Wie ist es dazu gekommen? Und konnten Sie die Richtung der niederländischen Politik beeinflussen?

Ich habe durchaus Einfluss, vor allem auch durch Beiträge in den Medien. Übrigens war ich überrascht, dass ich 2012 einen Orden bekam: Es hat Königin Beatrix der Niederlande behagt, mich zum 'Ritter im Orden von Oranje-Nassau' zu ernennen – für meine Innovationsforschung und Beiträge in den Medien.

Was mich enttäuscht hat, ist, dass vor allem die Sozialdemokraten meine Thesen kaum angenommen haben. Mit Jeroen Dijsselblom als Finanzminister segeln sie munter weiter auf der Linie des deutschen Ordoliberalismus. Dijsselblom ist de facto der Laufbursche von Schäuble; darum durfte er auch Vorsitzender der Eurogruppe bleiben. Übrigens sind die Sozialdemokraten dafür elektoral schwer bestraft worden. Bei den letzten Wahlen bekamen sie noch 9 (von 150) Parlamentssitzen. Sie sind jetzt ein Stück kleiner als GroenLinks und die Linkspartei SP.

Herr Professor Kleinknecht, was habe ich vergessen zu fragen, was ist Ihnen noch wichtig?

Ach, es wäre noch so viel zu sagen ... surfen Sie mal nach www.alfredkleinknecht.nl.

Herr Kleinknecht, ich danke Ihnen ganz herzlich für dieses Interview.

Veröffentlicht am: 06.09.2017

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2017/09/innovationsforschung-hat-ein-rechtsliberales-image/>